

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

115 (17.5.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2,50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2,80, im Verlag abgeholt 2,50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./58. Jahrgang

Samstag, den 17. Mai 1952

Nr. 115

Kirchliche Umsiedlungsstelle gegründet

Caritas und Hilfswerk schalten sich ein
Freiburg (CND) Der Deutsche Caritasverband und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen haben gemeinsam eine Kirchliche Umsiedlungsstelle gegründet. Wie die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes hierzu mitteilt, ist in Kiel bereits eine Arbeitsstelle eingerichtet worden, eine zweite ist für Regensburg vorgesehen. Beide Wohlfahrtsverbände arbeiten in der Kirchlichen Umsiedlungsstelle mit gemeinsamem Ziel und unter gleicher Bezeichnung, jedoch selbständig in ihren Bereichen. Hauptaufgabe der Kirchlichen Umsiedlungsstelle ist es, bisher unberücksichtigt gebliebene Umsiedlungswillige in enger Zusammenarbeit mit Seelsorgern, Ortsbehörden und Übernahmekommissionen herauszufinden und sie mit Hilfe der Vorteile des Umsiedlungsgesetzes umzusiedeln. Umgekehrt sollen in den Aufnahmegebieten durch die Diözesancaritasverbände und die Einrichtungen des Hilfswerks Unterbringungsmöglichkeiten für Heimatvertriebene ausfindig gemacht werden.

Hartes Ringen um Bundestagsitz

Bremen (UP) Bei der für Sonntag angesetzten Bundestagswahl im Wahlkreis 3 des Landes Bremen (Bremerhaven/Bremen-Nord), die infolge des Todes des Abgeordneten Lohmüller (SPD) notwendig wurde, werden sich vor allem die SPD und der Wahlblock DP/CDU/FDP/BHE gegenüberstehen. Für die SPD kandidiert der Bremerhavener Stadtrat Philipp Wehr, für den Wahlblock der Bremer Fraktionsvorsitzende der Deutschen Partei, Herbert Schneider. Außerdem hat die SRP in letzter Minute noch ihren zweiten Vorsitzenden, Otto Ernst Remer, als Kandidaten aufgestellt. Die KPD forderte ihre Anhänger auf, bei der Wahl dem „Kandidaten der Arbeiterschaft“ Philipp Wehr, ihre Stimme zu geben. Bei der Bundestagswahl 1949 konnten im Wahlkreis Bremerhaven/Bremen-Nord die Parteien des jetzigen Wahlblocks zusammen 45 756 Stimmen gewinnen, während auf die SPD 38 004 und die KPD 2575 Stimmen entfielen.

US-Unterstaatssekretär Byrnoide ist zu Besprechungen mit der irakischen Regierung in Bagdad eingetroffen. Byrnoide will sich im Anschluß an seinen Besuch in Irak nach Beirut begeben.

Letzte Vertragsberatungen in Bonn

Konferenzen des Kabinetts und der Parteien — Hallstein vertritt Adenauer.

Bonn (UP) Das Bundeskabinett und Vertreter der drei Regierungsparteien wollen sich am Mittwoch in einer Sondersitzung endgültig über ihre Haltung zum Deutschlandvertrag schlüssig werden, der am 24. Mai von den drei westalliierten Außenministern und dem Bundeskanzler unterzeichnet werden soll.

Vorher wird Dr. Adenauer am Montag zum letzten Mal mit den drei Hochkommissaren zur Erörterung noch offener Fragen des Vertragswerks zusammenkommen. Am Tage danach berichtet er dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages über den Vertragsinhalt.

Am Freitagabend besprach der Kanzler mit den Bundesministern und Vertretern der Koalitionsparteien den weiteren Fortgang der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen, die in einer über 18stündigen Konferenz in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag fast abgeschlossen werden konnten. Die CDU-Fraktion wird am Samstag vom Bundeskanzler informiert. Zur gleichen Zeit tritt in Bonn der Parteivorstand der SPD zur Erörterung der Verträge zusammen, deren Wortlaut der Kanzler ihnen am Mittwoch zur Verfügung gestellt hat.

Staatssekretär Hallstein wird den Bundeskanzler nicht nur bei der für Anfang kommender Woche vorgesehenen Konferenz der Außenminister in Paris vertreten, auf der die noch offenen Fragen des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft besprochen werden sollen, sondern er wird vermutlich auch für Dr. Adenauer an der Sitzung des Ministerrats im Europa-Rat am kommenden Mittwoch und Donnerstag in Straßburg teilnehmen. Der Bundeskanzler hat aber die Absicht, am Montag, den 26. Mai, zur Unterzeichnung des Vertrags über die Europa-Armee in Paris einzutreffen. Die Außenminister der drei Westmächte werden wahrscheinlich am Freitag, den 23. Mai, in Bonn zur Vorbereitung der Unterschrift unter den Deutschlandvertrag eintreffen, die dann am Samstag nachmittag vorgenommen werden soll.

Der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Frank Nash, kehrte am Freitag unerwartet nach Bonn zurück, um hier die Besprechungen über die noch ungeklärte Aufteilung des deutschen Finanzbeitrags fortzusetzen. Nash hat Vollmacht, die Ausgaben der US-Armee in Deutschland zu kürzen.

SPD verlangt Bundestagsdebatte

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion, elf Abgeordnete der Föderalistischen Union und der SSW-Abgeordnete Clausen haben beim Bundestagspräsidenten beantragt, für nächsten Freitag eine Plenarsitzung für eine

Große Mehrheit für den Lastenausgleich

Sonderhilfe für Geschädigte und Flüchtlinge — Erleichterung der Umsiedlung

Bonn (UP) Der Bundestag hat am Freitag das Gesetz über einen allgemeinen Lastenausgleich gegen die Stimmen der SPD, der KPD und eines Teiles der Föderalistischen Union verabschiedet. Damit hat das Bundesparlament in einer der schwierigsten Entscheidungen seiner bisherigen Geschichte die gesetzliche Grundlage für eine teilweise Abgeltung der durch den zweiten Weltkrieg verursachten Eigentumsverluste von fast der Hälfte aller Einwohner der Bundesrepublik geschaffen.

Dem Gesetz stimmten im einzelnen 209 Abgeordnete der Regierungsparteien, des BHE und eines Teiles der Föderalistischen Union zu, 145 Abgeordnete der SPD, KPD und der Föderalistischen Union lehnten die vorgelegte Fassung ab, da sie die öffentliche Hand und die Steuerzahler „zugunsten einer verschwindenden Minderheit“ belaste. Elf Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Gesetz geht jetzt an den Bundesrat, der seine Zustimmung geben muß, bevor es in Kraft treten kann.

Vor der Schlußabstimmung erklärte der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses, Johannes Kunze (CDU), namens der Regierungsparteien, daß die Entscheidung des Bundestages sowie innen- wie außenpolitisch von großer Tragweite sei. Innenpolitisch sei das Gesetz ein weiterer Baustein zur Gestaltung der sozialen Ordnung. Der Welt aber beweise es die Bereitschaft des deutschen Volkes, die Lasten des vergangenen Krieges zu tragen. Kunze appellierte an das Ausland, neben die moralische auch die materielle Hilfsbereitschaft zu stellen. Er betonte gegenüber der Kritik der Opposition, daß über den zeitlichen Vorrang der sozialen Frage bei den Koalitionsparteien keine Meinungsverschiedenheiten bestünden.

Erwin Schöttle brachte für die SPD die Hoffnung zum Ausdruck, daß das Gesetz nach seiner Behandlung im Vermittlungsausschuß zwischen Bundesrat und Bundestag nochmals dem Plenum vorgelegt werde. In seiner jetzigen Form könne man es nicht als ein Lastenausgleichsgesetz bezeichnen. Es be-

große außenpolitische Debatte über den Deutschland-Vertrag und den Europa-Armee-Vertrag einberufen. Der Antrag ist von einem Drittel der Bundestagsabgeordneten unterschrieben worden. Nach dem Grundgesetz ist der Bundestagspräsident verpflichtet, eine Sitzung einzuberufen, wenn dies von einem Drittel der Abgeordneten verlangt wird.

Der Bundestag lehnte einen Antrag der SPD ab, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, möglichst noch vor der Unterzeichnung des Europa-Armee-Vertrages den beteiligten Mächten in einer Note mitzuteilen, daß sich die Bundesrepublik erst an der Verteidigung beteiligen könne, wenn das Bundesverfassungsgericht über die Feststellungsklage der SPD entschieden habe und die sich aus der Entscheidung ergebenden Rechtswirkungen erfüllt sind.

Die Regierungsparteien lehnten es auf Vorschlag des Auswärtigen Bundestagsausschusses ab, der Bundesregierung eine solche Auflage zu erteilen, da die Bundesrepublik nicht durch die Unterzeichnung der Verträge, sondern erst durch die Ratifizierung gebunden werde. Im übrigen werde es im internationalen Recht allgemein anerkannt, daß auch ratifizierte Verträge in demjenigen Land nicht rechtswirksam werden, in dem sich verfassungsmäßige Schwierigkeiten ergeben.

Kopf: Der Bundesrat muß entscheiden

Der niedersächsische Ministerpräsident Kopf erklärte in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesrates, die Zustimmung des Bundesrates zum Generalvertrag werde ganz von dessen Inhalt abhängen. „Ich glaube aber kaum, daß die Paragraphen des Generalvertrages so aussehen werden, daß sie der Zustimmung des Bundesrates nicht bedürfen“.

Zum Lastenausgleichsgesetz sagte Kopf, der Bundesrat werde „sich sehr überlegen“, ob er wegen dieses Gesetzes nicht den Vermittlungsausschuß anrufen müsse. Da auch das Vermögen der Länder dem Gesetz unterliege, hätten gerade die Länder einen besonderen Grund, Einspruch zu erheben.

Ferner setzte sich der Präsident des Bundesrates für die Schaffung einer einheitlichen Bundesfinanzverwaltung ein. Auf diesem Weg könne das Steueraufkommen des Bundes um rund eine Milliarde DM erhöht werden.

Das Bundeskabinett beschäftigte sich in einer Routinesitzung mit der für nächsten Montag vorgesehenen Wiederaufnahme der deutsch-alliierten Schuldenverhandlungen in London und der Fortführung der Haager Besprechungen über die Wiedergutmachungsleistungen an Israel und die jüdischen Organisationen.

laste direkt und indirekt die öffentliche Hand und den Steuerzahler „zugunsten einer verschwindenden Minderheit“. Das Wohnbauprogramm und die Eingliederungshilfe seien nicht gesichert, da nur eine Verbesserung des Aufkommens um 200 Millionen DM erreicht worden sei.

Dr. von Golitschek erklärte namens der heimatvertriebenen Abgeordneten der Koalition seine Zustimmung zum Gesetz. Das Vertriebenenproblem sei zwar nicht gelöst, aber man habe doch einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung erreicht. Er appellierte an den Bundesrat, keine Abänderungen mehr vorzunehmen. Dr. Bertram (Föderalistische Union) bezeichnete die Verschönerung der Gegenätze als das Ziel des Lastenausgleichsgesetzes. Abgeordneter Fischer (KPD) lehnte das Gesetz unter lauten Protesten des Hauses als ein „Geschenk an die Reichen“ ab.

Vor Schluß der dritten Lesung nahm das Plenum vier Entschließungsanträge zum Teil einstimmig an, in denen die Bereitstellung von weiteren 650 Millionen DM für die Eingliederung der Geschädigten in den Jahren 1952 bis 1954 und eine Sonderhilfe von der Bundesregierung für die aus politischen Gründen aus der Ostzone Geflüchteten, für Spätheimkehrer und Evakuierte gefordert werden. In dem Antrag zur erhöhte Eingliederungshilfe, den die Regierungsparteien gegen die Stimmen der SPD einbrachten, werden ferner 300 Millionen DM für die beschleunigte Umsiedlung im Jahre 1952 auf dem Wege der Vorfinanzierung und eine zweckgebundene Umsiedlungsanleihe von mindestens 200 Millionen DM zur weiteren Förderung des Wohnungsbaus für 1953 gefordert.

Im Verlauf der dritten Lesung ist der Ausschlußwurf in seinen wesentlichen Bestandteilen, wie er in der zweiten Lesung gebilligt wurde, bestätigt worden. Lediglich die Heranziehung der Aktien, Kuxe und anderer Firmenanteile zu einer 25prozentigen Abgabe wurde bei Familiengesellschaften eingeschränkt. Die Familienermäßigung für abgabepflichtige Vermögen unter 35 000 DM wurde verdoppelt. Ferner wird die nicht abgabepflichtige Hälfte des Stichtagsvermögens mit einem Satz von 0,95 Prozent auf die Dauer von acht Jahren zur Vermögenssteuer herangezogen. Demgegenüber bleibt es bei der „quotalen“ Hauptbeschädigung ohne Vermögenshöchstgrenzen, der Belastung des gewerkschaftlichen Vermögens, der Freistellung des kirchlichen Vermögens und der Wohnraumhilfe mit 300 Millionen DM. Ein 600 Millionen DM für die gesamte Wohnraumhilfe fordernder SPD-Antrag wurde auch in der dritten Lesung abgelehnt. Der Höchstbetrag für ein Aufbaudarlehen wurde auf Antrag der Regierungsparteien von bisher 15 000 auf 35 000 DM erhöht.

Der Bundestag hat eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzentwürfen zur Weiterberatung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen, darunter den Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Die Vorlage sieht die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung von 3600 auf 6000 DM jährlich vor. Die Grenze für die Aufrechterhaltung der Versicherungsberechtigung soll von 7200 auf 9400 DM erhöht werden. Die Versicherungspflichtgrenze in der Rentenversicherung der Angestellten ist in dem Entwurf ebenfalls von 7200 auf 8400 DM heraufgesetzt worden.

Die Föderalistische Union forderte in einem Antrag die sofortige Außerkräftsetzung des Investitionshilfegesetzes. Die Bundesregierung soll stattdessen eine steuerbegünstigte Anleihe in Höhe von mindestens 400 Millionen DM aufnehmen. Die Steuervergünstigungen sollen aus Haushaltsmitteln gewährt werden.

Außenminister Eden wird an der Tagung des Ministerkomitees des Europa-Rats am Donnerstag in Straßburg teilnehmen. Am 27. Mai wird er vor der Beratenden Europäischen Versammlung eine Rede halten.

General Eisenhower ist, nachdem er noch eine Konferenz mit dem britischen Verteidigungsminister Alexander und Außenminister Eden hatte, von London nach Paris zurückgekehrt. Er hofft, am 1. Juni in Washington zu sein.

Der indische Staatspräsident Prasad machte sich vor dem Parlament in Neu Delhi zum Fürsprecher der „berechtigten Wünsche Asiens und Afrikas“. Insbesondere kritisierte er die Tunesien-Politik der Großmächte.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen in Pan Mun Jon haben wieder einmal den toten Punkt erreicht, nachdem weder die UN-Delegation noch die Kommunisten von ihrer Haltung in der Kriegsgefangenenfrage abwichen.

Über 50 rotchinesische Bomber überflogen die Straße von Formosa und näherten sich der Insel. Sofort stiegen nationalchinesische Jäger auf, worauf die Kommunisten wieder abdrehten.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Wenn die Politiker nicht für Sensationen sorgen, dann tun es zuweilen die Gazetteen, auch auf die Gefahr hin, hinterher dementiert zu werden. Sehr bedenklich ist eine solche Sensation jedoch, wenn sie von einem Blatt gestartet wird, das bisher stets als seriös galt und sich rühmen durfte, beste Beziehungen zum französischen Außenministerium zu unterhalten. Trotz dieser moralischen Verpflichtung veröffentlichte die Pariser „Le Monde“ einen Geheimbericht, den Admiral Focheler, der Chef der amerikanischen Seestreitkräfte dem Nationalen Sicherheitsrat der USA eingereicht haben soll.

Dieser Bericht enthält die unbehagliche Behauptung, daß ein Krieg vor 1960 unvermeidlich sei, die 52 Divisionen der NATO den Angriff von 115 sowjetischen Divisionen höchstens drei Tage lang aufhalten könnten und die Gefahr bestünde, daß 150 000 russische Fallschirmspringer in Schottland landen würden. Infolgedessen falle England, das sofort mit Atombomben angegriffen würde, als Stützpunkt einer Gegenoffensive aus, zumal es auch zur See von den Sowjets blockiert werden könnte, die in der Lage seien, den Schiffsverkehr im Atlantik für mindestens acht Monate zu sperren.

Die einzigen Chancen der Westmächte erblickte Focheler in der Überlegenheit ihrer Luftwaffe und einem Flankenstoß gegen die Angreifer, der von Griechenland und Jugoslawien aus gegen Ungarn und Bulgarien angestrebt werden müßte, während die Türkei gegen den Kaukasus vorstoßen soll. Voraussetzung dafür seien aber gute Beziehungen zur arabischen Welt, weshalb England und Frankreich endlich auf ihre falsche Politik in diesem Raum verzichten müßten.

Hinterher ergab sich nun die erstaunliche Feststellung, daß dieser merkwürdige „Bericht“ gar nicht von Admiral Focheler stammt, sondern die Redaktion der „Le Monde“ sich einen Zeitungsartikel eines amerikanischen Marineoffiziers unterschrieben ließ, der schon vor zwei Jahren erschien. Trotzdem aber bleibt die Frage, weshalb die genannte Zeitung eine so leichtfertige „Indiskretion“ beging, die der sowjetischen Propaganda denkbar besten Stoff lieferte, um angebliche Kriegspläne der Westalliierten anzuprangern. Wahrscheinlich sollte sie nach der naiven Ansicht ihrer Urheber dazu dienen, dem „Neutralismus“ in Frankreich und England den Garaus zu machen.

Ist es nur Zufall, daß drei Tage nach „Le Monde“ die Zeitung „Neues Deutschland“, das Zentralorgan der sowjetzonalen SED, ebenfalls ein amerikanisches Aktenstück publizierte, dessen Verfasser Trumans Sonderbotschafter Jessup sein soll? Ausgehend von der Behauptung, die künftigen Truppen der Bundesrepublik sollten gemäß der amerikanischen Planung als offensive Stoßkeile verwendet werden, empfiehlt Jessup laut diesem eklatanten Falsifikat, den Abschluß des Deutschlandvertrages zu beschleunigen und gesamtdeutsche Wahlen zu verhindern. Hieran wird allerdings die Mahnung geknüpft, zur Tarnung dieser Politik wenigstens den Anschein eines Interesses an der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu erwecken.

Nun aber läßt sich die Note, welche England, die USA und Frankreich im Kreml zu Beginn dieser Woche überreichen ließen, gewiß nicht in diesem Sinne interpretieren. Sie lehnte zwar die Festlegung der deutschen Grenze entsprechend der sowjetischen Definition des Potsdamer Abkommens ab und verwahrte sich vor allem gegen Moskaus Bedingung, Deutschland dürfe mit keinem Staat politische Abmachungen treffen oder sich irgendeiner Gruppe anschließen, was sogar einen Eintritt Deutschlands in die UN verhindert hätte. Andererseits erklärte sich jedoch der Westen zu Verhandlungen bereit, wenn die Voraussetzungen für freie Wahlen einwandfrei geklärt und Garantien für den erfolgreichen Verlauf einer Vier-Mächte-Konferenz gegeben würden.

In der positiven Beurteilung dieser Deutschland-Note waren sich in Bonn sogar ausnahmsweise einmal Regierung und Opposition einig. Aus der ganzen Welt kamen zustimmende Kommentare, welche den Inhalt dieses Dokuments als konstruktiven Beitrag zur Lösung des deutschen Problems würdigten. Nur im Osten hielt man sich nicht einmal an die von ihm erfundene Weisheit Jessups; wenigstens den Anschein guten Willens vorzutuschen.

Die Antwort aus Pankow kam prompt und unmißverständlich, wobei vorausgesetzt werden darf, daß sie sicher nicht ohne Rücksprache mit Moskau erfolgte. In grotesker Verzerrung der Tatsachen bezeichnete der Informationschef Ulbrichts die Noten der Westmächte als Versuch zur Verklammerung der Deutschen, als Vorbereitung eines Aggressionskrieges und Ablenkung auf unannehmbare Bedingungen, da eine Wahlkontrolle durch neutrale Mächte illegal sei. Schneller als erwartet, wurde also vom Osten der Beweis geliefert, daß er niemals ernstlich zu Verhandlungen bereit war, sondern es ihm lediglich darauf ankam, den Abschluß der Verträge zwischen Bonn und den Westalliierten zu verhindern oder doch wenigstens zu verzögern.

Daß dieses taktische Manöver mißlang, ist offenkundig die Ursache, weshalb Moskau und Pankow so schnell ihrer Wut die Zügel schief-

Ben ließen. Denn in der Tat sieht es jetzt so aus, als ob in Bonn und Paris nur noch wenige Tage vergehen würden, bis die Verträge über die Ablösung des Besatzungsstatuts und die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft den Außenministern zur Signierung vorgelegt werden können. Die von der Koalition Dr. Adenauers vorgebrachten Bedenken wurden größtenteils durch Neuformulierungen der Vertragstexte beseitigt, so daß den Ministern im wesentlichen nur noch übrig bleibt, über die Verteilung des deutschen Finanzbeitrags zu entscheiden.

Daneben schwebt allerdings immer noch die Klage der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht, das darüber befinden soll, ob der Kanzler ohne Sanktionierung durch ein verfassungsänderndes Gesetz (das eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt) solche Verträge unterzeichnen kann, die natürlich nachträglich von sämtlichen beteiligten Parlamenten ratifiziert werden müssen. Bei diesen Bemühungen befindet sich die SPD allerdings in zweifellos von ihr unerwünschter Bundesgenossenschaft mit der KPD und der SED, die in Essen drastisch genug demonstrierten, wie der Aufruf der Ostzone zum Widerstand mit allen Mitteln auszulegen ist.

Eine weitere Wetterwolke zeichnete der Deutsche Gewerkschaftsbund an den politischen Horizont, indem er der Bundesregierung kompromißlosen Kampf um seine Auffassung des Mitbestimmungsrechtes ansagte. Die ersten Streiks haben bereits begonnen und der Einsatz weiterer „Machtmittel“ wurde angedroht, um den Bundestag zu zwingen, im Sinne des DGB zu entscheiden. Man wird mit gespannter Aufmerksamkeit beobachten müssen, wie das Parlament auf den Versuch reagieren wird, es seiner gesetzlichen Verantwortung und Entscheidungsfreiheit zu entheben.

Zunächst allerdings war das Pensum des Bundestags mit anderen Problemen ausgefüllt: die dritte und letzte Lesung des Lastenausgleichsgesetzes rollte auf seiner Bühne ab. Sie nahm im wesentlichen durchaus den erwarteten Verlauf, wobei als Sensation höchstens die unerwartete Schwenkung des Abgeordneten Kather verzeichnet werden muß, der als Vorsitzender des Bundes vertriebener Deutscher zunächst grundsätzlich opponierte, dann jedoch „trotz schwerer Bedenken“ für das Gesetz stimmte. Damit ist die letzte Klippe für die Verwirklichung des Lastenausgleichs aber noch nicht umschifft, denn dieser bedarf der Billigung seitens des Bundesrates, der gegen manche Paragraphen des Gesetzes Einwände erheben wird.

Inzwischen wurde in Stuttgart das vielumstrittene Überleitungsgesetz verabschiedet, das die Periode bis zur Bildung einer Verfassung überbrückt, indem es die „vorläufige Ausübung der Staatsgewalt im südwestdeutschen Bundesland“ regelt, das die provisorische Bezeichnung Baden-Württemberg erhält. Die dadurch funktionsfähig gewordene Regierung kann sich nun mit der Verfassungsgebenden Versammlung, die sich zur Befugnis eines Landtages ermächtigte, der Aufgabe widmen, die Verwaltung des neuen Bundeslandes zu organisieren und die bisherigen Regime der drei alten Länder abzuwickeln.

Warum wurden Deutsche beschuldigt?

Weitere Untersuchungen des Falles Katyn
Washington (UP). Ein Ausschuss des US-Repräsentantenhauses wird am 3. Juni eine öffentliche Untersuchung einleiten, in der festgestellt werden soll, warum die Regierung der USA während des Krieges die Deutschen öffentlich für die Massenmorde an polnischen Offizieren im Walde von Katyn bezichtigte, obwohl sie bereits im Besitze von Beweismaterial gewesen sei, das auf die Schuld der Sowjetunion hinwies. Bei dieser Untersuchung soll festgestellt werden, wer die zu Ungunsten der Sowjetunion sprechenden Beweismaterialien über Katyn besaß und ihre Veröffentlichung während des Krieges verhinderte.

2000 deutsche Legionäre gefallen?

New York (UP). Roger Seydoux, Legationrat der französischen Botschaft in Washington, hat der „New York Times“ einen Brief folgenden Inhalts übersandt: „Ihre Zeitung zitierte am 26. April Gerhard Eisler, der gesagt habe, daß 170 000 junge Deutsche für die französische Fremdenlegion rekrutiert wurden und daß von diesen in Vietnam 40 000 gefallen seien. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrer Zeitung die folgenden Tatsachen veröffentlichten: Die französische Fremdenlegion setzt sich aus nicht mehr als insgesamt 35 000 Mann zusammen. Die Verluste der Fremdenlegion in Indochina betragen bis zum 1. März 1952 insgesamt 5400 Mann. Unter diesen Toten befanden sich 2000 Deutsche.“

Atom-U-Boot im Jahre 1954

Washington (UP). Die US-Marinebehörden gaben bekannt, daß der „Nautilus“, das erste durch Atomkraft getriebene Unterseeboot, im kommenden Juni auf Kiel gelegt werden soll. Einzelheiten über das neuartige Boot wurden nicht bekanntgegeben. Es wurde nur erklärt, daß mit der Fertigstellung des U-Bootes im Jahre 1954 gerechnet wird. Marinesachverständige erhoffen sich von dem Atom-U-Boot eine ganze Reihe von Vorteilen gegenüber den bisherigen Unterwasserfahrzeugen.

Franzosen schossen auf US-Konsul

Tunis (UP). Der amerikanische Generalkonsul Jernegan, der nachts in seinem Kraftwagen nach Tunis zurückkehrte, ist in der Dunkelheit von französischen Posten beschossen worden, ohne daß er getroffen wurde. Aber sein Wagen wurde von mehreren Kugeln durchlöchert. Der Generalkonsul hatte etwa 15 km westlich von Tunis in einem schlecht beleuchteten Straßenzug auf Anruf der Posten nicht angehalten, obwohl er in der nächtlichen Sperrzeit hätte halten müssen. Der Generalkonsul ist sofort beim französischen Generalresidenten vorstellig geworden.

Bundesverfassungsgericht lehnt ab

Keine einstweilige Anordnung für den Kanzler

Karlsruhe (UP). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat den Antrag der SPD und der Föderalistischen Union abgelehnt, durch den dem Bundeskanzler aufgegeben werden sollte, bei Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, den ausdrücklichen Vorbehalt zu machen, daß diese Verträge nicht in Kraft treten können, ehe das Bundesverfassungsgericht über die staatsrechtlichen Voraussetzungen für das Wirksamwerden der Verträge bzw. ihre Ratifizierung entschieden hat.

Das Bundesverfassungsgericht bezweifelte, ob eine einstweilige Anordnung, die dem verantwortlichen Leiter der Außenpolitik der Bundesrepublik die Abgabe einer Erklärung von bestimmtem, rechtlich erheblichem Inhalt bei der Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrags zur Pflicht machen würde, überhaupt im Rahmen der Verfassungsgerichtsbarkeit liegt und nicht vielmehr als „unzulässige Einengung des politischen Ermessens des Bundeskanzlers“ betrachtet werden muß.

Ohne auf diese Frage näher einzugehen, habe das Gericht jedoch den Antrag schon

deshalb abgelehnt, weil auf jeden Fall im gegenwärtigen Zeitpunkt die besonderen Voraussetzungen für eine einstweilige Anordnung nicht vorliegen. Diese Voraussetzungen seien erst dann gegeben, wenn ohne eine solche Anordnung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt die von den Antragstellern befürchtete Gefahr nicht mehr rückgängig zu machender rechtlicher Bindungen nicht abzuwenden wäre. Diese Gefahr sei jedoch im vorliegenden Falle nicht gegeben, weil die bloße Unterzeichnung noch keine staatsrechtlichen oder völkerrechtlichen Wirkungen erzeuge. Solche Wirkungen könnten erst eintreten, nachdem sich die gesetzgebenden Körperschaften und der Bundespräsident mit den Verträgen befaßt hätten.

Die Sprecher der Regierungsparteien begrüßten die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die einstweilige Anordnung gegen den Bundeskanzler nicht zu erlassen. Der Experte der SPD, Dr. Arndt, meinte dagegen, das Bundesverfassungsgericht habe sich durch diese Entscheidung keineswegs für nicht zuständig erklärt, sondern nur festgestellt, daß die Frage noch nicht dringlich sei.

Adenauer will mit Fette verhandeln

Auf Anregung der DAG - Rechtmäßigkeit der Gewerkschaftsaktion bezweifelt

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer hat den ersten Vorsitzenden des DGB, Christian Fette, schriftlich zu einer persönlichen Aussprache eingeladen, um die durch die Kampfansage des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen das Betriebsverfassungsgesetz geschaffene Lage und deren Auswirkungen zu besprechen.

Der Bundeskanzler schreibt, es müsse ein Weg gefunden werden, das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft vor Schäden zu bewahren, ohne daß die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundestages angetastet und die Willensfreiheit des Parlaments beeinträchtigt wird. Die Gewerkschaften hätten selbstverständlich das Recht, ihre Meinung im Rahmen der Gesetze in jeder ihnen zweckmäßig erscheinenden Form dem Parlament und der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

„Ich darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich einer organisierten Schädigung der Volkswirtschaft durch Streiks, die nur unternommen werden, um der Parlamentsmehrheit den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen, als einen Verstoß gegen das Grundgesetz und als eine gefährliche Störung ansehen muß“, schreibt der Bundeskanzler. Der DGB habe in den kommenden Bundestagswahlen die Möglichkeit, auf dem in der Verfassung vorgesehenen Wege seine Auffassung über eine einheitliche und fortschrittliche Betriebsverfassung durchzusetzen.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Ankündigung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen zeitlich mit der aus der Ostzone kommenden Drohung zusammenfällt, das Zustandekommen des Deutschlandvertrages durch Ausrufung des Generalstreiks in der Bundesrepublik zu verhindern. Weite Kreise des deutschen Volkes würden das zeitliche Zusammenfallen nicht für einen bloßen Zufall halten.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft

hatte dem Bundeskanzler vorgeschlagen, er solle sich persönlich in die Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz einschalten. In einem Schreiben an Dr. Adenauer hat die Angestellten-Gewerkschaft ihre Bedenken für den vorliegenden Entwurf des Gesetzes angemeldet. Viele Punkte des Gesetzes werden von der DAG als unannehmbar bezeichnet.

Führende Juristen der Bonner Koalitionsparteien prüfen gegenwärtig, ob die von den Gewerkschaften durchgeführten und noch angekündigten Streiks zur Durchsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes eine Nötigung des Parlaments darstellen. Schon die bisherigen Vorschläge sind nach Auffassung namhafter Juristen der Regierungsparteien nur schwer mit einer rechtsstaatlichen Ordnung zu vereinbaren.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie protestiert in einem offenen Brief an den DGB-Vorsitzenden Christian Fette gegen die Behauptung, daß die Arbeiter allein vollbracht hätten, was man als das „deutsche Wirtschaftswunder“ bezeichne. Die Leitung der Produktion, die Beschaffung der Rohstoffe, die Finanzierung des Aufbaus, die Wiederanknüpfung der Auslandsbeziehungen, die Wiedergewinnung der Exportmärkte und die Übernahme des Risikos stellten echte Leistungen der Unternehmer dar, ohne die es einfach im Wirtschaftsleben nicht geht, heißt es in dem Brief.

Inzwischen rollten bereits die ersten Großkundgebungen des Gewerkschaftsbundes mit Arbeitsniederlegungen in Düsseldorf, Köln, Braunschweig, Hamburg und Mannheim ab. „Diese Kundgebungen sind erst die Overtüre“, sagte in Düsseldorf Erich Bührig von Bundesvorstand des DGB, „wenn die ändern den Tanz wollen, wohlan, wir sind bereit“. Er warnte vor Versuchen der Unternehmer, die Arbeitnehmer durch Maßnahmen von den gewerkschaftlichen Aktionen fernzuhalten.

Neuer Konflikt im Auerbach-Prozess

Schwere Vorwürfe gegen Minister Müller

München (UP). Bei der Vernehmung des Zeugen Landesrabbiner Dr. Aaron Ohrenstein im Auerbach-Prozess kam es zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung Auerbachs und dem Gericht. Rechtsanwält Dr. Panholzer, einer der Verteidiger Auerbachs, hatte an den Zeugen Dr. Ohrenstein die Frage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß aus den Gewinnen der sogenannten „Sammelstelle“ beim Landesentschuldigungsamt Bayern Zahlungen in Höhe von 40 000 DM an den bayerischen Justizminister Dr. Josef Müller geleistet wurden. Der Vorsitzende wies diese Frage zurück. Panholzer wandte ein, wenn die Anklage Auerbach den Vorwurf der Geldannahme aus Gewinnen der Sammelstelle mache, so müsse sie auch Dr. Müller des gleichen Deliktes bezichtigen. Es kam zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen Rechtsanwält Dr. Klibansky und dem Gericht. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen.

In einem Gutachten zum Haushalt des bayerischen Finanzministeriums stellte der bayerische Senat fest, daß im vergangenen Jahr für Wiedergutmachungsansprüche der Verfolgten des Dritten Reiches nur 5,5 Millionen DM ausgeschüttet wurden, obwohl 12 Millionen zur Verfügung standen. Vom Finanzministerium wurde diese Tatsache mit der „mangelnden technischen Abwicklung der Wiedergutmachung“ begründet, die infolge der Vorfälle im Amt Auerbachs eingetreten sei.

Malan überwand die Verfassungskrise

Kapstadt (UP). Die Gesetzesvorlage, durch die die Befugnisse des Obersten Gerichtshofes Südafrikas föhrlar beschnitten werden, ist vom südafrikanischen Parlament mit 86 gegen 57 Stimmen in dritter Lesung verabschiedet worden. Damit hat Ministerpräsident Malan über die Opposition einen bedeutenden Sieg errungen. Dieses Gesetz war eingebracht worden, nachdem der Oberste Gerichtshof ein von Malan eingebrachtes Gesetz für verfassungswidrig erklärt, das das Wahlrecht von einer Million Mischlingen der Südafrikanischen Union weitgehend beschnidet.

Jubel um Kronprinz Rupprecht

Treuegelübnis bayerischer Monarchisten

München (UP). Rund 3000 Anhänger des bayerischen Königshauses begrüßten den bayerischen Kronprinzen Rupprecht mit dem lauten Ruf: „Es lebe der König“. Kronprinz Rupprecht nahm an einer Feierstunde teil, die anlässlich seines bevorstehenden 83. Geburtstages im Münchener Hofbräuhaus stattfand. Der Feitsaal des Münchener Hofbräuhauses, der mit 1300 Personen bis auf den letzten Platz besetzt war, mußte polizeilich gesperrt werden. Tausende von Menschen, die von weither aus dem bayerischen Oberland und Niederbayern gekommen waren, mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

In seiner Festrede wies der Historiker Dr. Richard Sexau darauf hin, daß Kronprinz Rupprecht niemals auf den Thron verzichtet habe. Unter dem Jubel der Menge sagte Dr. Sexau, das bayerische Volk sehne den Tag herbei, an dem das Haus Wittelsbach wieder die ihm von Gott gegebene Krone tragen werde. Die Feier klang mit der „Königshymne“ und dem Lied „Gott mit dir, du Land der Bayern“ aus.

Westberlin befürchtet Zwischenfälle

Berlin (UP). Westliche Sicherheitsorgane haben Zusammenziehungen von Einheiten der „Bereitschaftspolizei“ der Ostzone und von FDJ-Formationen aus Mecklenburg, Sachsen und Thüringen im Berliner Sowjetsektor festgestellt. Wie der Vizekommandeur der Westberliner Schutzpolizei, Willi Großmann, mitteilte, erinnern diese Vorbereitungen an die Konzentrierung von „Bereitschaftspolizei“ und FDJ-ern vor dem FDJ-Pfingsttreffen 1950 und vor den kommunistischen „Weltfestspielen“ 1951. Das Polizeipräsidium und alliierte Dienststellen rechneten bereits für Freitagabend mit neuen Überfällen aus dem Sowjetsektor, nachdem die SED zu einer Großkundgebung auf dem „Marx-Engels-Platz“ aufgerufen hatte. Zu den erwarteten Zwischenfällen kam es jedoch nicht.

Die Ruhrbehörde tritt am 19. Mai in Düsseldorf zusammen, um die Höhe der deutschen Kohlenexporte im dritten Quartal 1952 festzulegen.

Mindestens zwanzig Panzerbataillone
Drei verschiedene Kampfverbände — Der Plan für die deutschen Truppen

Bonn (UP). Für die geplante Europa-Armee sollen mindestens zwanzig deutsche Panzerbataillone und über fünfzig Infanteriebataillone aufgestellt werden, wenn der Sechs-Mächte-Vertrag über die Verteidigungsgemeinschaft ratifiziert und die Vorschläge der Sachverständigen gebilligt werden sind.

Jeder Kampfverband soll ferner eine eigene Artillerie-Abteilung erhalten. Der Kampfverband entspricht etwa der Division und soll eine Friedensstärke von rund 13 000 Mann haben. Es werden drei Hauptarten von Kampfverbänden unterschieden: 1. Der Infanteriekampfverband mit wenigstens drei Infanterieregimentern, einer Artillerieabteilung und einem Panzerbataillon. 2. Der Panzerkampfverband mit voraussichtlich insgesamt acht Bataillonen Infanterie und Panzertruppen, nebst einer Artillerieabteilung. 3. Der Panzerbegleitverband mit wenigstens fünf Infanteriebataillonen, einigen Panzerbataillonen und einer Artillerieabteilung.

Die Kampfverbände sind als nationale Grundeinheit in Aussicht genommen. Sie sollen in „integrierten“ Korps zusammengefaßt werden. Die nichtgepanzerten Verbände sollen weitgehend motorisiert werden. Die Artillerieabteilungen werden mit leichten und mittleren Geschützen sowie Flak-Kanonen ausgerüstet. Jeder Kampfverband erhält ferner sein eigenes Aufklärungsbataillon, ein Pionierbataillon und Versorgungseinheiten.

Die Grundeinheiten der taktischen Luftwaffe sollen etwa 1300 Mann stark sein. Wahrscheinlich wird es neben fliegenden Verbänden (Jagd-, Aufklärungs-, Transport- und leichte Bombereinheiten) noch technische und Bodenpersonal geben. Die Gliederung und Stärke der deutschen Seestreitkräfte ist noch nicht bestimmt.

Der Vertrag über die Europa-Armee sieht eine allgemeine Wehrpflicht von mindestens 18 Monaten vor. Spekulationen über die Besetzung der künftigen Führerstellen der Armee durch Deutsche werden von zuständiger Seite als verfrüht bezeichnet.

Keine „Garantie“ des Westens

Die USA, Großbritannien und Frankreich haben sich über den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung geeinigt, die der Sicherung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegen den „Ausbruch“ eines Mitgliedlandes dienen soll. Die französischen Wünsche sind jedoch nur zu einem Teil erfüllt worden. Die USA und Großbritannien werden nämlich keine formelle „Garantie“ geben, und auch keinerlei automatische „Sanktionen“ im Fall des Austritts eines Mitgliedlandes androhen, sondern lediglich erklären, daß sie für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsgemeinschaft Sorge tragen werden. Falls ein Mitglied der Vertrag verletzen sollte, würden die USA und Großbritannien mit den übrigen Mitgliedern in Verhandlungen über „geeignete Maßnahmen“ treten.

Kongreß plant Deutschland-Resolution

Gegen „schmeicheleische Einheits-Reden“

Washington (UP). Der republikanische Abgeordnete Javits will dem US-Kongreß eine Resolution vorlegen, wonach die Sowjetunion davon unterrichtet werden soll, daß die USA beabsichtigen, die Politik der Einbeziehung Westdeutschlands in das freie Europa energisch fortzusetzen. In einer Erklärung zu der geplanten Resolution meinte Javits, der Kongreß sollte klarstellen, daß sich die USA weder durch Drohungen noch durch „schmeicheleische Einheits-Reden“ von ihren Zielen abbringen lassen würden.

General Douglas McArthur sagte in einer Rede vor dem Parlament des amerikanischen Staates Michigan, die gegenwärtig in Westeuropa vorhandenen Streitkräfte seien keinesfalls dazu imstande, einen entschlossenen Angriff aus dem Osten abzuwehren. Mit einem solchen Angriff sei aber im Augenblick nicht zu rechnen. Die amerikanische Regierung läte daher besser daran, weniger in Westeuropa „vernarrt“ zu sein und sich mehr um Asien zu kümmern. Die „Vorliebe“ der amerikanischen Regierung für Westeuropa habe dazu geführt, daß sie „die kommunistischen Übergriffe in anderen Teilen der Welt einfach übersieht“.



Bei einem Übungstag

einer Gruppe englischer Meteor-Düsenflugzeuge der Luftstreitkräfte des Nahen Ostens gelang einem Armeephotographen dieses eindrucksvolle Bild von sieben Düsenjägern, die senkrecht gen Himmel steigen. Er selbst saß in der achten Maschine, die in der gleichen Gruppe mitflog. Rechts unten die Stadt Ismailia an den Ufern des Suezkanal, der sich hier nordwärts nach Port Said hinzieht

Umschau in Karlsruhe

Für die alten Direktionsbezirke
 Karlsruhe (law). Ministerpräsident Dr. Maier hat den Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahnen gebeten, die alten Grenzen zwischen den Bezirken der Eisenbahndirektionen Stuttgart und Karlsruhe sobald wie möglich wieder herzustellen.

Karlsruhe. Ehemalige Angehörige der 35. Infanterie-Division, die am Wochenende in Karlsruhe ein Treffen veranstalten, haben einen „Kameradendienst 35 e. V.“ mit dem Sitz in Karlsruhe gegründet. (law)

Aus der badischen Heimat

Gefängnis für Schaufensterräuber
 Weinheim (law). Das Weinheimer Schöffengericht verurteilte den vorbestraften Günther Kranz zu acht Monaten Gefängnis. Kranz hatte in der belebten Weinheimer Hauptstraße einen aufsehenerregenden Schaufensterraub in einem Uhren- und Juwelieregeschäft verübt und Uhren im Wert von etwa 3500 DM erbeutet.

Das schöne Rhein-Neckar-Gebiet
 Heidelberg (swk). Auf einer Tagung der Landräte und Bürgermeister des Rhein-Neckar-Gebietes in Jugenheim an der Bergstraße wurde ein groß angelegter Werbefeldzug für den Fremdenverkehr beschlossen. U.a. sollen künstlerisch gestaltete Faltprospekte in vielen Tausenden von Exemplaren die landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Reichtümer dieser Gegend herausstellen.

Heidelberg. Auf der Nibelungenstraße bei Bensheim wurde die Leiche eines bisher noch unbekanntes jungen Mannes neben einem Fahrrad aufgefunden. Ob es sich um einen Verkehrsunfall mit Fahrerflucht handelt, ist noch nicht ermittelt. (swk)

Heidelberg. Der Weinbauverein Württemberg-Baden veranstaltet am Sonntag, dem 18. Mai, in Heidelberg seine Frühjahrsagung, die unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Dr. Maier steht. (law)

Volkshochschule hatte 4800 Besucher
 Bretten (law). Die seit zwei Jahren bestehende Volkshochschule in Bretten hat sich in dieser Zeit bereits zu der bedeutendsten kulturellen Institution der Stadt entwickelt. Die bisher von der Volkshochschule veranstalteten 23 Kurse über alle Wissensgebiete, in denen 28 Dozenten Vorlesungen hielten, wurden von insgesamt 4800 Personen besucht.

Um die Neuordnung der Kreise
 Bretten (law). Der Verband badischer Gemeinden, dem sämtliche nordbadischen Gemeinden angeschlossen sind, hat in diesen Tagen der vorläufigen Regierung des südwestdeutschen Bundesland Vorschläge über die Einteilung der Kreise im neuen Bundesland unterbreitet. Der Verband fordert in erster Linie die Errichtung von besonderen unteren Staatsbehörden zur Wahrnehmung der staatlichen Verwaltungsaufgaben als hohheitliche Funktion. Des weiteren wird die Bildung größerer Kreise und kleinerer Bezirksverwaltungen vorgeschlagen, wobei die Kreise nur mit übergeordneten Selbstverwaltungsaufgaben betraut werden sollten.

Neue Naturschutzgebiete beim Feldberg
 Todtnau (law). Das badische Landesministerium hat als oberste Naturschutzbehörde mit Zustimmung des Kultministeriums in Abänderung der räumlichen Umgrenzung des Naturschutzgebietes Feldberg und der geschützten Landschaftsteile im Feldberggebiet zwei kleinere Flächen auf der Gemarkung Todtnau und oberhalb des Bismarckturmes zu Naturschutzgebieten erklärt. In diesen Gebieten dürfen ohne vorherige Zustimmung der Naturschutzbehörden keine Bauten errichtet werden.

Kehl. Die Fraktion der Freien Wählergruppe Kehl brachte in einer nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrats einen Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Ernst Marcollo ein. Der Antrag wurde mit allen Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt. (law)

Freiburg. Die Marshallplan-Wohnhausausstellung, die bisher in sieben Städten der Bundesgebiete gezeigt wurde, wird am nächsten Mittwoch im Freiburger Kolpinghaus eröffnet. (law)



Der „meistbekannte“ franz. Abgeordnete de Récy, muß sich vor einem Schöffengericht in Versailles verantworten. Récy soll am Diebstahl staatlicher Schatzgegenstände im Werte von 100 Millionen Francs beteiligt sein. Unser Bild zeigt de Récy im Gespräch mit seinem Verteidiger

Geht Wohleb nach Portugal?

Was tun die ausscheidenden südwestdeutschen Minister?

Stuttgart (law). Mit der Verkündung des von der Verfassungsgebenden Landesversammlung Südwestdeutschlands verabschiedeten Überleitungsgesetzes hören die Regierungen der bisherigen drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu bestehen auf. Die Regierungschefs und die Minister treten zurück. Ihre Ministerien treten in Abwicklung. Dabei erhebt sich die interessante Frage, welche Posten die ausscheidenden Minister übernehmen werden, die nicht weiter als Minister im neuen südwestdeutschen Kabinett Dr. Maier tätig sind.

Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller (CDU), hat zu erkennen gegeben, daß er sein Abgeordnetenmandat in der Verfassungsgebenden Landesversammlung beibehalten will. Er muß sich als Ministerialdirektor — in dieser Stellung war er im Justizministerium vor der Übernahme des Amtes eines Staatspräsidenten tätig — nach dem Wahlgesetz für die Dauer des Mandats pensionieren lassen. Da er noch nicht 55 Jahre alt ist, sind die Voraussetzungen für eine Pensionierung als Staatspräsident nicht erfüllt. Dr. Müller, der 52 Jahre alt ist, will schon in den nächsten Tagen Tübingen verlassen und zu seiner Familie nach Ludwigsburg übersiedeln. Um den 63jährigen badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb (CDU) wollen die Gerichte nicht verurteilen, daß die Bundesregierung ihn zum deutschen Gesandten in Lissabon aussuchen habe. Wohleb soll schon seit einiger Zeit von Bonn ein konkretes Angebot erhalten haben. Es wird auch bereits davon gesprochen, daß die portugiesische Regierung das Agrément für Wohleb erteilt habe. Auf Anfrage erklärte der Staatspräsident, daß er noch keine Entschlüsse wegen seiner künftigen Pläne gefaßt habe. Eine Bestätigung oder ein Dementi für seine mögliche Verwendung im diplomatischen Dienst gab er nicht.

Der gleichaltrige südbadische Innenminister Dr. Schühly (CDU) will — er steht im Range eines Ministerialdirektors — weiterhin Beamter bleiben. Vor einiger Zeit war er als ernsthafter Kandidat um den noch immer unbesetzten Posten des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes in Freiburg genannt worden. Dr. Schühly beabsichtigt, seine seit Jahren als Honorarprofessor an der Universität Freiburg gehaltenen Vorlesungen über Verwaltungsrecht fortzusetzen.

Finanzminister Alois Schnorr (CDU), der im 57. Lebensjahr steht, wird wieder seinen Posten als Direktor des badischen Genossen-

schaftsverbandes Schultze-Delitzsch in Karlsruhe, dem sämtliche gewerblichen Kredit- und Warengenossenschaften Süd- und Nordbadens angehören, übernehmen. Der 59jährige badische Wirtschaftsminister Dr. Eduard Lais (CDU) übernimmt die Stellung des Leiters der gesamten Berufsausbildung der südbadischen Industrie- und Handelskammern, zu der er vor kurzem bestellt worden war. Dr. Lais ist gleichzeitig Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Landwirtschaftsminister Alfons Kirchgässner (CDU), mit 51 Jahren der jüngste der südbadischen Minister, hat sich noch nicht über seine Zukunftspläne geäußert. Kirchgässner ist Dipl.-Landwirt und Beamter im Range eines Regierungslandwirtschaftsrates. Das Kult- und das Justizministerium waren von Staatspräsident Wohleb mitverwaltet worden.

Der 50jährige Kultminister von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Albert Sauer (CDU), der bisher schon gleichzeitig Oberbürgermeister von Ravensburg war, wird sich nun ganz seiner kommunalen Aufgabe widmen. Außerdem gehört er als Abgeordneter der Verfassungsgebenden Landesversammlung an. Bei Landwirtschaftsminister Dr. Franz Weiß, der im 65. Lebensjahr steht, sind die Voraussetzungen für eine Pensionierung als Minister erfüllt. Dr. Weiß ist Bundestagsabgeordneter. Auch sein bisheriger Kabinettskollege, Arbeitsminister Eugen Wirsching (CDU), erhält eine Ministerpension. Der 60jährige gehört der Verfassungsgebenden Landesversammlung an. Wirsching soll begründete Aussicht haben, Präsident des neuen Landesamtes zu werden. In diesem Falle müßte er allerdings sein Abgeordnetenmandat niederlegen, so daß auf der Landesliste der CDU Württemberg-Hohenzollern Gutsbesitzer Oscar Farny nachrücken würde. Das Finanz- und das Justizministerium hatte Staatspräsident Dr. Müller miteileitet. Die Stelle des Wirtschaftsministers war seit dem Ausscheiden des späteren Bundeswohnungsbauministers Eberhard Wildermuth (DVP/FDP) nicht mehr besetzt worden. Der südwestdeutsche Innenminister Renner (SPD), der 52 Jahre alt ist, ist als enger Berater des südbadischen und südwestdeutschen Ministerkollegen in das erste Südweststaatskabinett eingezogen.

Aus dem württemberg-badischen Kabinett wird lediglich Arbeitsminister David Stetter (SPD) ausscheiden. Er ist 70 Jahre alt und wird als Ministerialdirektor in den Ruhestand treten. Alle anderen Minister des Kabinetts sind auch in der neuen südwestdeutschen Regierung als Minister tätig.

Forderungen des DGB sind unabdingbar

Fette sprach auf der Bundesjugend-Konferenz in Stuttgart

Stuttgart (law). Der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette, kündigte bei der Eröffnung der zweiten Bundesjugendkonferenz des DGB in Bad Cannstatt erneut den Einsatz gewerkschaftlicher Mittel im Kampf um eine wirkliche Mitbestimmung an.

Er betonte, die Forderungen des DGB seien unabdingbar. In sechs Jahrzehnten habe die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Weg von Untertan zum freien Staatsbürger freigelegt. Jetzt sei es ihre Aufgabe, auch im wirtschaftlichen Bereich dem Arbeiter den Weg zum freien gleichberechtigten Wirtschaftsbürger zu ebnen. Auch die deutschen Unternehmer müßten einsehen, daß das Gegenüber in der Wirtschaft durch ein Miteinander ersetzt werden müsse. Der gegenwärtige Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz sei jedoch untragbar, denn es gehe nicht an, daß man den Arbeitnehmern 1932 Rechte nehme, die schon 1920 gesetzlich verankert gewesen seien. Außerdem verwahrte sich Fette dagegen, daß die Arbeiter des öffentlichen Dienstes unter ein anderes, minder Gesetz gestellt werden sollten. Fette betonte, es sei absurd, dem DGB vorzuwerfen, er leiste mit seiner gegenwärtigen Kampfansage Arbeit für den Bolschewismus. Er sagte: „Wir befinden uns in einer Abwehrbewegung gegen Verschlechterungen, nicht aber im Angriff.“

Sozialrecht muß neu geordnet werden
 Fette forderte ferner die Neuordnung des gesamten Sozialrechtes unter besonderer Berücksichtigung der Altersversorgung. Der DGB bestehe außerdem auf seiner Forderung nach der 49stündigen Arbeitswoche bei gleichbleibenden Löhnen. Die Delegierten der Gewerkschaftsjugend ernannte Fette, die Einheit, das höchste Gut und die Stärke des DGB, zu erhalten und sich stets für seine Unabhängigkeit gegenüber Staat, Kirche und politischen Parteien einzusetzen.

Die zweite Bundesjugendkonferenz des DGB, an der 300 Delegierte und Gastdelegierte als Vertreter von 650 000 jugendlichen Arbeitnehmern teilnehmen, wurde vom ersten Vorsitzenden der Gewerkschaftsjugend, Willi Ginhoid, eröffnet. Bundespräsident Professor Dr. Heuss und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hatten der Konferenz Grußadressen gesandt. An der Eröffnung nahmen als Gäste Vertreter des Arbeits- und des Kultministeriums von Baden-Württemberg, der Leiter der Arbeitsabteilung bei der amerikanischen Hohen Kommission, Bertram, Vertreter der deutschen Jugendorganisationen und der Studentenschaften, sowie Gewerkschaftsvertreter aus den USA, Norwegen, Schweden, Dänemark, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, der Schweiz, Italien, Österreich und des Saarlandes teil.

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz nahmen vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig eine Entschließung gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz an. Die Vertreter der jungen Gewerkschaftsmitglieder begrüßten in ihrer Resolution die Entschlossenheit

der Gewerkschaften im Kampf gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz, das nicht den Forderungen und Wünschen der Arbeitnehmer entspreche.

DGB-Delegation beim Ministerpräsidenten
 Eine Delegation des Landesbezirks Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes kam im Staatsministerium in Stuttgart mit dem südwestdeutschen Ministerpräsidenten Dr. Maier und Arbeitsminister Hohlwegler zusammen. Der Leiter der Delegation, Landesbezirksvorsitzender Kleinknecht, unterrichtete Dr. Maier und Hohlwegler über die vom Bundesvorstand und vom Landesbezirksvorstand des DGB im Zusammenhang mit dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen. Nach Mitteilung des DGB erkannte Dr. Maier bei der Besprechung an, daß sich die bisherige Regelung des Betriebsvertrages in den drei südwestdeutschen Ländern bewährt habe. Seine endgültige Stellungnahme zu dieser Frage werde er in seiner Regierungserklärung am 27. Mai bekanntgeben.

Gewerkschaft in Abwehrstellung
 50 000 demonstrierten in Mannheim

Mannheim (law). Rund 50 000 Arbeitnehmer demonstrierten auf dem Mannheimer Marktplatz gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Die Demonstranten waren zum großen Teil in Kolonnen zu Fünferreihen aufmarschiert. Zwischen 16 und 17 Uhr ruhte der Straßenbahnverkehr in der Stadt. Lediglich die Versorgungsbetriebe hatten einen Notdienst eingerichtet.

Der zweite Vorsitzende des Landesbezirks Württemberg-Baden im Deutschen Gewerkschaftsbund, Wilhelm Reibel, sagte in seiner Ansprache auf dem Mannheimer Marktplatz, daß sich die Gewerkschaften mit ihrer Protestaktion nicht in einer Angriffs-, sondern in einer Abwehrstellung befänden. Die gegenwärtige Aktion gegen das Betriebsverfassungsgesetz sei nur ein Anfang der Kampfmaßnahmen. Die von den Gewerkschaften eingebrachten Verbesserungsvorschläge für dieses Gesetz seien fast alle abgelehnt worden. Der DGB könne mit den jetzigen Bestimmungen nicht einverstanden sein. Er müsse dieses Gesetz ablehnen. Der Redner forderte die Anwesenden auf, gemeinsam mit dem DGB gegen dieses Betriebsverfassungsgesetz vorzugehen.

Der erste Vorsitzende des Ortsausschusses Mannheim im DGB, Karl Schweizer, sagte in seiner Rede, er glaube, es gebe keinen Teilnehmer der Kundgebung, der in seinem Betrieb nicht den Widerstand der Unternehmer gegen die Protestaktion der Gewerkschaften zu spüren bekommen habe. Man habe versucht, die Arbeiter und Angestellten mit Drohungen von der Kundgebung fernzuhalten. Unter Pfül-Rufen der Demonstranten nannte Schweizer einige Mannheimer Betriebe, die ihre Arbeiter und Angestellten in Anschlägen auf dem Schwarzen Brett vor der Teilnahme an der Kundgebung gewarnt hätten.



Sie will allein über den Atlantik
 Der phantasievoll gefährliche Plan der 38 Jahre alten Ann Davison, als erste Frau allein über den Atlantik zu segeln, und zwar in einem Boot, „das man hochheben und über dem Kopf tragen kann“, ist das Tagesgespräch in England. Unser Bild zeigt Ann Davison bei einer Probefahrt in Plymouth — allerdings noch in männlicher Begleitung

Bruchsal. In der Strafanstalt Bruchsal ist ein Bezirksverein der badischen Straftäterinnen- und Entlassenenfürsorge gegründet worden. (law)

Vierjähriges Kind ertrunken
 Pforzheim (law). Der vier Jahre alte Sohn eines Pforzheimer städtischen Arbeiters ist, ohne daß es sein ganz in der Nähe arbeitender Vater bemerkte, in die Enz gefallen. Als ein Passant den Körper des Kindes ein ganzes Stück entzweitwärts im Wasser treiben sah, war es bereits zu spät. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorhaben hatten keinen Erfolg mehr.

71 Umsiedlerfamilien eingetroffen
 Pforzheim (law). 71 Umsiedlerfamilien aus Schleswig-Holstein und Bayern, die in der Stadt und im Landkreis Pforzheim Aufnahme finden sollen, sind in zwei Transporten auf dem Pforzheimer Güterbahnhof eingetroffen. Sie wurden von Vertretern der Behörden und des Verbandes der heimatsvertriebenen Deutschen begrüßt und durch das Rote Kreuz verpflegt. Die Umsiedler, unter denen sich nur wenige nichtarbeitsfähige Personen befanden, wurden noch am gleichen Tag in Pforzheim, Königsbach, Huchenfeld und Niefern in den für sie erstellten Neubauwohnungen untergebracht.

Neue Bahnlinie Pforzheim-Carl
 Pforzheim (law). Ab 18. Mai wird zwischen Pforzheim und Carl eine neue Bahnlinie in Betrieb genommen. Sie verläuft über Weißenstein, Unterreichenbach, Dornbach, Bad Liebenzell, Klein-Wildbad, Ernstmühl, Hirsau nach Carl und kann auch von Reisenden mit Schienen-Fahrausweis gegen Lösung eines Übergangsscheines benutzt werden.

Pforzheim. Pforzheim will mit Unterstützung des Sozialverbandes des Internationalen Bundes für Kultur und Sozialarbeit und des Arbeitsamtes ein Lehrlings- und ein Jungarbeiterheim bauen. Jedes der Heime soll über 75 Betten verfügen. (law)

Pforzheim. Das Fernamt Pforzheim hat seit einigen Tagen wieder einen Sofortverkehr nach Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart, Frankfurt, Mühlbach, Bruchsal, Wildbad und Carl eingeführt. Gespräche nach diesen Städten können jetzt ohne Verzögerung vermittelt werden. (law)

Konstanz. Vertreter der im Badischen Städteverband zusammengeschlossenen Städte berieten in dieser Woche in Konstanz über Verkehrsfragen. Vor allem wurde das neue Bundesstraßengesetz erörtert, dessen Verabschiedung noch in diesem Jahr zu erwarten ist. (law)



Adlerhorst wird Berggasthaus
 Das ehemalige Teichhaus Hillers auf dem 1324 Meter hohen Kehlstein ist durch Pachtvertrag der Alpenvereinssektion Berchtesgaden übergeben worden, die es zu einem jedermann zugänglichen Berggasthaus umgestalten will. Unser Bild zeigt das Teichhaus, von dem man bei gutem Wetter einen Rundblick von Salzburg bis zum Königssee hat

Aus aller Welt

Olympia-Film darf aufgeführt werden

München (UP). Das Landgericht München hob die einstweilige Verfügung auf, die von der „Norsk“-Film gegen den Rekordfilm-Verleih wegen der Aufführung des Streifens „Olympische Winterspiele 1952“ erwirkt worden war. In der Urteilsbegründung heißt es, die „Norsk“-Film habe bisher noch keine devisenrechtliche Genehmigung vorgelegt. Das Hauptargument der Kläger, durch den schweizerischen Käuf-Film sei eine Urheberrechtliche Verletzung erfolgt, bestehe nicht zu Recht. Nur ein Regisseur, der das Spielgeschehen vorher plane, könne ein Urheberrecht in Anspruch nehmen.

Von einer Mine buchstäblich zerrissen

Duisburg (UP). Beim Baggern in einem Baggerloch im Duisburger Süden brachte der Löffel des eingesetzten Baggers eine Riegelmine zu Tage. Ein 47 Jahre alter Sandformer, der den Auftrag hatte, Eisen und sonstige Teile vom Löffel abzunehmen, nahm die Mine an sich und wollte sie ablegen. Dabei explodierte der Sprengkörper und zerriss den Arbeiter derart, daß nur noch einzelne Leichtenreste geborgen werden konnten. Ein in unmittelbarer Nähe stehender 18jähriger Arbeiter wurde durch Sprengstücke schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Die „Kunstauktion des Jahrhunderts“

Louvres mußte eine Leihgabe versteigern
Paris (UP). In der hiesigen Galerie Charpentier fand die „größte Kunstauktion des Jahrhunderts“ statt, auf der für zahlreiche Stücke der berühmten Sammlung von Gabriel Cognacq-Jay insgesamt 302 553 000 Francs (über 3 Millionen DM) erzielt wurden. Die schönsten und teuersten Exemplare der Sammlung wurden von Privatinteressenten aufgekauft. Der höchste Preis wurde für ein Stillleben von Paul Cezanne gezahlt. Die Frau des französischen Industriellen Jean Walter, die schließlich den Zuschlag erhielt, trieb den Preis bis über 30 Millionen Francs (300 000 D-Mark).

Der ehemalige Besitzer der Sammlung, Gabriel Cognacq-Jay, ist voriges Jahr gestorben. Er hatte seine Sammlung 1938 dem Louvre als Leihgabe überlassen und versprochen, sie bei seinem Tode endgültig dem Louvre zu vermachen. Inzwischen hatte er sich aber mit der Direktion des Louvre entzweit und testamentarisch bestimmt, daß die Sammlung versteigert und der Erlös mildtätigen Zwecken zugeführt werden solle. Die Direktoren des Louvre mußten die Kunstwerke daher blutenden Herzens wieder herausgeben.

Amsterdam-Rhein-Kanal wird eröffnet

Verkürzung der Fahrzeit um 20 Stunden — Aufwand 93 Millionen DM

Amsterdam (E.B.). Königin Juliana wird am 21. Mai mit der feierlichen Eröffnung des Amsterdam-Rhein-Kanals einen neuen Schifffahrtsweg dem Verkehr übergeben, der einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit darstellt. Der 72 km lange Kanal, der in mehrjähriger Bauzeit mit einem Kostenaufwand von 93 Millionen holländischen Gulden (rund 93,5 Millionen DM) fertiggestellt wurde, schafft über Utrecht-Tiel eine direkte Verbindung zwischen Amsterdam und dem Niederrhein. Die mit den modernsten Anlagen ausgerüstete Wasserstraße ist so gebaut, daß die größten Flußschiffe einander in voller Fahrt begegnen können. Eine Beleuchtungsanlage mit Tausenden von Natriumdampflampen ermöglicht den Betrieb bei Nacht und auch bei starkem Nebel. Nur zwei Schleusen befinden sich künftig zwischen dem Niederrhein und dem Amsterdamer Hafen. Die Fahrzeit wird gegenüber früher um mindestens

20 bis 25 Fahrstunden verkürzt. Das bedeutet eine Ersparnis von zwei Fahrttagen.

Der Amsterdam-Rhein-Kanal wird nicht nur für die deutschen Niederrheinhäfen von Bedeutung sein, sondern für die Rhein-Neckar-Kanalprojektion ein wertvolles Bindeglied werden. Die Verbindung von Rhein und Donau würde einen geschlossenen transkontinentalen Wasserweg von 3400 km Länge von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer schaffen.

Salzwasser, rohe Fische und Plankton Expedition erforscht Lebensbedingungen von Schiffbrüchigen

Monte Carlo (UP). Dr. Allain Bombard will beweisen, daß ein Mensch notfalls von Meeresprodukten, also von Salzwasser, rohen Fischen und Plankton, das sind in Meeren freischwebende pflanzliche und tierische Kleinlebewesen, zu existieren vermag. Zu diesem Zwecke wird er in den nächsten Tagen zu einer abenteuerlichen Fahrt über den Atlantik starten, und zwar in einem Schlauchboot. Die ursprüngliche Absicht, die Reise auf einem Floß à la „Kon-Tiki“ vorzunehmen, ließ er fallen, da ein solches Floß nicht mehr rechtzeitig fertig geworden wäre.

Der 28 Jahre alte Franzose, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, glaubt, daß ein eventueller Erfolg seiner Unternehmung für künftige Überlebende von Flugzeug- und Schiffskatastrophen von Nutzen sein kann. Die riskante Fahrt geht von Monaco aus. Von dort bis nach Gibraltar wird die Expedition, an der außer Bombard ein holländischer Wissenschaftler namens Hensbergen und ein Engländer teilnehmen, ein über zwei Zentner schweres Schlauchboot von 6,50 m Länge und 2 m Breite benutzen, das extra zu diesem Zwecke von einer französischen Gummifabrik angefertigt wurde. Es ist mit einem kleinen Segel ausgerüstet. In Gibraltar will er in ein größeres Schlauchboot umsteigen und dann über die Kap Verdischen Inseln in Richtung Kuba segeln, wo die Expedition nach drei Monaten einzutreffen hofft.

Während der ganzen Zeit werden die drei Männer nur von rohem Fisch, Plankton und anderen Meerprodukten leben. Obwohl nach Bombards Ansicht ein Mensch sehr wohl von Salzwasser existieren kann, wenn er nicht mehr als 500 Gramm pro Tag zu sich nimmt, wird die Schlauchbootbesatzung ihr Trinkwasser aus gepressten Fischen gewinnen, das nach Bombard „wie Mineralwasser schmeckt“.

Zu diesem Zwecke wird sich außer Angelschnüren und einem feinmaschigen Netz zum Auffangen des Plankton, woraus die Ausrüstung der Expedition in der Hauptsache bestehen wird, noch eine Fruchtpresse an Bord des Schlauchbootes befinden. Schließlich wird ein kleines „Laboratorium“ zum Auswerten der Beobachtungen und Reaktionen der wenig abwechslungsreichen Verpflegung auf den menschlichen Körper und ein kleiner Senderapparat, der das Boot mit Radio Lausanne in Verbindung halten wird, die abenteuerliche Reise über den Ozean mitmachen.

„Todessturz“ lebendig überstanden

Montreal (UP). Ein 20 Jahre alter kanadischer Fliegergefreiter fiel von der Jacques-Cartier-Brücke 60 Meter tief in den St. Lawrence-Strom und blieb nicht nur am Leben, sondern erlitt auch keinerlei Verletzungen. Allerdings war er splitternaht, als er aus dem Wasser gezogen wurde. Die Wucht des Aufpralls hatte seine Kleider zersetzt. Der Gefreite, dem nicht wohl war, hatte sich über das Geländer gelehnt und dabei das Gleichgewicht verloren.

In Pisa liebt man die Deutschen nicht Aber in Südtirol fühlt und denkt man deutsch — Eine auffallende Emigration

Ein Mitarbeiter unserer Redaktion, der sich auf Italienreise befindet, sandte uns folgenden Bericht:

Pisa (E.B.). In der italienischen Stadt Pisa, die durch ihren schiefen Turm hinreichend bekannt ist, gibt es außer den Klosterbauten und anderen Monumenten auch sehr viele Ruinen, die eine Folge des letzten Krieges sind. Bis 1944 war die kleine Provinzstadt von Fliegerangriffen verschont geblieben. Dann wurde eine SS-Division einquartiert, die Pisa zum Verhängnis wurde. Als nämlich die Amerikaner eindringen, kam es zu heftigen Straßenkämpfen mit Artilleriebeschuss. Glücklicherweise wurde dabei der schiefe Turm nicht beschädigt, sonst wäre der Deutschenhaß in dieser Stadt noch größer, als er ohnedies schon ist.

Pisa ist eine der ganz wenigen Städte Italiens, in denen die Deutschen auch heute noch nicht gerne gesehen werden. Als z. B. die Reisegruppe des Süddeutschen Rundfunks, die aus den Preisträgern des Vortitel-Wettbewerbs und einigen Journalisten besteht, in der Stadt einführte, sah sie viele weit herausgestreckte Zungen. Und wenn einzelne Deutsche



Die einzige Sommerrodelbahn Europas wurde in Ibbenbüren im Teutoburger Wald von einem Berginsaliden gebaut. Auf einer 150 m langen Holzgleitbahn, die mit Wachs „schnell“ gemacht wird, gleiten die Schlitzen auf Schienen dahin

über die Straße gingen, konnte es sein, daß eine Horde Italiener sie verfolgte — ohne ausfällig zu werden — und riefte „Tedesci Tedesci!“ (Deutsche, Deutsche). Der Ton lief dabei an unangenehmer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Um so verwunderlicher ist es, daß dagegen in Nettuno und Monte Cassino die Deutschen viele Sympathien genießen. Zum Teil ist dies dem segensreichen Wirken der in Cassino lebenden Mamma Lucia zuzuschreiben, die deutschen Gefallenen des zweiten Weltkrieges anständige Gräber verschafft.

Das Gegenteil von Pisa ist in Meran der Fall: Die oberitalienische Kurstadt fühlt deutsch — das darf ohne nationalistischer Ressentiment gesagt werden. Es wird nicht nur deutsch gesprochen, sondern auch in der italienischen Vierteln sind alle Inschriften zusätzlich in deutscher Sprache gehalten. Neben Medico steht Arzt, neben Farmacia Apotheke. In allen Restaurants und Geschäften kann in D-Mark bezahlt werden. Die Besitzerin eines Meraner Höhenhotels ist die Urenkelin eines Blaus Trogmans, der ein enger Freund und Mitkämpfer Andreas Hofers war. Diese Frau verlor im letzten Krieg drei Söhne, die in Rußland auf deutscher Seite fielen. In einem Gespräch sagte sie, daß in Oberitalien die Südtiroler Frage keineswegs als erledigt betrachtet werde. Sie meinte, auch die Italiener müßten verstehen, daß Meran deutsch fühle und nicht Merano heißen wolle. Ähnlich ist es übrigens auch in Bolzano (Bozen).

Unsere Gesprächspartnerin erzählte, daß durch das Entgegenkommen der italienischen Regierung alle früher in Meran ansässigen Deutschen wieder nach Meran kommen und ihre Geschäfte betreiben dürfen. Ziehe jedoch ein Deutscher Hotelier oder Geschäftsmann weg, so trete ein Italiener an seine Stelle. Seltsamerweise, so betonte sie, verließen immer mehr Deutsche Meran und gingen ins Österreichische. Sie drückte jedoch nicht genau aus, ob diese Deutschen nur weggezogen, weil sie durch Lieferanten oder Meraner Konkurrenz in Schwierigkeiten gekommen waren. Klar ersichtlich war jedoch, daß sie nicht freiwillig die Stadt verließen. Interessant war die Feststellung, daß für die Meraner im allgemeinen Österreich gleich Deutschland ist. Mit dem Gedanken, daß Österreich ein selbständiger Staat mit eigenen Rechten und Gesetzen ist, wollen und können sie sich nicht vertraut machen. P. St.



Der Amsterdam-Rhein-Kanal

AUF SILBERNEN Schwingen

Roman von Anita Hunter

Copyright by Hamann-Meyerpress durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden (3. Fortsetzung)

Er winkte Sheila und Merryman zu, ihm in die Pilotenkabine zu folgen. „Du garantierst mir dafür, daß keine Panik ausbricht“, sagte Heartie zu Sheila. „stopf die Passagiere mit Kaffee und Sandwiches voll, so daß sie stille sind. Hast du ein paar Nervenpillen im Schrank? Gut, dann gib sie ihnen. Sieh zu, daß man die Leute zum Schlafen bringt. Trink selbst einen Cognac, Sheila, du hast es nötig! Alles hängt von dir ab — wenn die Passagiere verrückt werden, sind wir verloren!“ Und wenn nicht?“ fragte Merryman. „Dann sind wir auch verloren“, lachte Heartie bitter. „Ich habe keine Ahnung, wie wir überhaupt herauskommen sollen! Wir sitzen auf einem Bergplateau in 1500 Meter Höhe, starten können wir nicht von hier, ob wir zu Fuß irgendwelche menschliche Gegenden erreichen können, ohne ich nicht. Das muß ich morgen früh untersuchen.“ Er seufzte leise.

„Keine Radioverbindung?“ Heartie sah zu dem Radiotelegrafisten hinüber, der verzweifelt an seinem Apparat schraubte.

„Nichts, Mr. Heartie, bis jetzt absolut keine Verbindung!“

„Probier weiter“, sagte Heartie kurz.

„Was soll mit Mr. de Alveirez geschehen?“ fragte Sheila. „Ich habe das bestimmte Gefühl, daß er stirbt, wenn nicht im Laufe der nächsten Stunden etwas geschieht.“

„Heartie hob hilflos die Achseln. „Ich ahne nicht, was ich machen soll. Ich kann ihm doch nicht mit meinem Taschenmesser den Blinddarm heraus schneiden. Der arme Kerl hat

nicht viel Chancen — wir übrigens auch nicht...“ fügte er hinzu. Ein gefrorenes Lächeln stand auf Sheilas Anlitz, als sie wieder in der Passagierkabine erschien.

„Es ist ein Skandal, hier mitten in der Einsamkeit zu landen“, sagte Ada Bell und puderte sich die Nase. „Ich werde mich beschweren, wenn wir in Chicago ankommen...“

„Sie dürfen sich beschweren, so viel Sie wollen“, antwortete Sheila lebenswürdig und in Gedanken setzte sie noch hinzu: wenn wir überhaupt noch einmal im Leben nach Chicago kommen...“

II

Hendrik William Stonewell parkte seinen kleinen gelben Sportwagen zwischen einem riesigen Buick und einem größeren Lincoln. Er lächelte ironisch. Sein Wagen sah neben diesen vornehmen Nachbarn noch schäbiger aus. Sheila würde sich wundern. Aber was sollte er machen? Sein Gehalt bei der Flugzeugfabrik in Herforth war nicht soviel ab, daß er sich einen eleganten Wagen leisten konnte.

Er ging durch die luxuriöse Empfangshalle des Flugplatzes von Chicago und dachte ein wenig bitter daran, welch' einen Komfort man den verwöhnten Flugzeugpassagieren bot, während er selbst und die Leute, die die neuen Maschinen ausprobieren sollten, in einer Art Weißblechbaracke hausen mußten.

„Wo landet die Da 728 von Dallas?“ fragte er einen Beamten hinter dem Schalter von Glas und Nickel. Der Mann sah ihn einen Moment lang scharf an. Dann erkannte er das kleine Fliegerabzeichen im linken Knopfloch von Stonewells Jacke und beugte sich dicht zu ihm herunter. „Da 728 ist verschwunden! Wir haben keine Ahnung, wo die Maschine geblieben ist! Irgendwo vom Kurs abgekommen — keinerlei Radioverbindung! Aber bitte Mund halten...“ sagte er warnend. Stonewell biß so hart auf das Mundstück seiner Zigarettenspitze, daß dieses zerbrach. „Sheila...“ was ist mit Sheila?“ dachte er, während er langsam durch die große Halle ging. Drei Jahre war es her, daß er sie zuletzt gesehen hatte. Aber er hatte sie nie vergessen. Damals hatte sie einen

Verlobungsring getragen, und sie hatte strahlend erzählt, daß sie Leutnant Haart ihr Jawort gegeben hatte. Reginald hatte sie ihn genannt und nach dem Krieg wollten sie heiraten. Natürlich hatte er die ganze Zeit geglaubt, daß Sheila nun verheiratet sei, bis er ganz zufällig vor ein paar Tagen erfahren hatte, daß Leutnant Reginald Haart in der Normandie gefallen war.

Und auf einmal war die Sehnsucht in ihm wachgeworden — diese Sehnsucht, die geschlafen hatte — Sheila wiederzusehen. So war es zu dem plötzlichen Telefonanruf gekommen — und er war so glücklich gewesen, daß Sheila sich seiner erinnerte und eingewilligt hatte, mit ihm auszugehen. Sie war also weder verheiratet, noch verlobt. Er hatte sich grenzenlos auf diesen Abend gefreut — und nun erfuhr er, daß Sheila Garners Maschine vermißt wurde.

Er wandte sich plötzlich um und ging zu einer Tür, auf der „Eintritt verboten“ zu lesen stand. „Was wollen Sie hier?“ erkundigte sich ein Herr in Fliegeruniform unfreundlich, als er hereinkam. „Seit wann haben Sie keine Radioverbindung mehr mit der Da 728?“ fragte Stonewell kurz. Der andere sah ihn einen Moment lang an, kniff die Augen zusammen und nickte ihm zu, als er einen Blick auf Stonewells Papiere geworfen hatte. „Kommen Sie mit, ich weiß nicht so genau Bescheid — aber Ihnen als Fliegerkameraden wird man wohl Auskunft geben. Erwarten Sie jemanden mit der Maschine?“ Hendrik Stonewell antwortete nicht auf diese Frage, sondern sagte nur: „Vielleicht kann ich irgend etwas tun.“ Er erfuhr, daß seit vier Stunden keine Radioverbindung mehr mit der Da 728 zu bekommen war, und es sei die Rede davon gewesen, daß der Pilot versuchen wollte, auf dem Notlandeplatz von Leonville zu landen, um einen Patienten abzuliefern. Aber dann waren ganz plötzlich alle weiteren Radiomeldungen ausgeblieben — und in Leonville war die Maschine auf jeden Fall nicht gelandet.

„Leonville? Wo ist das?“ „Nicht sehr weit von Kansas City — ein gräßliches Terrain, Wald und Berge und schwer zugängliche Schluchten. Kansas meldete Nebel — hoffent-

lich ist nichts passiert. Heartie ist ja ein erfahrener Flieger und Merryman auch — entschuldigen Sie einen Moment.“ Der Beamte las hastig einen Papierstreifen, den ein Boy brachte. Ein Lachen ging über sein Gesicht. „Ein Teufelskerl, dieser Heartie! Wir haben sie... die Suchpatrouille von Kansas City hat die Maschine gefunden.“ Hendrik Stonewell fuhr auf. „Abgestürzt? Ist etwas geschehen?“ Seine Stimme klang heiser. „Nein — Heartie hat die Maschine fein säuberlich auf ein Bergplateau plaziert — eine fabelhafte fleglerische Leistung in dem Nebel! Allerdings, wie die Leute von dort herunterkommen sollen, ist mir schleierhaft. Keine Startmöglichkeit, und die Maschine steht so dicht am Abgrund einer tiefen Schlucht, daß man bange ist, sie rutscht in der nächsten Minute ab.“

„Was unternimmt man?“ fragte Stonewell kurz. Sein dunkles Gesicht war ernst und entschlossen. Der Beamte ruckte die Achseln. „Wahrscheinlich wird man eine Rettungsexpedition von Kansas City aus abschieken. Die Hauptsache ist ja, daß man weiß, wo die Maschine geblieben und daß niemandem etwas passiert ist.“ Stonewell dankte und ging. Er stieg in seinen Sportwagen und fuhr in die Nacht hinaus. Chicagos Lichter glitzerten wie Diamanten. Die Neonreklamen warfen ihren unruhigen flackernden Schein über sein Gesicht.

Als er an einem der erleuchteten Lokale vorüberfuhr, verzog sich sein Mund zu einem Lächeln. Hier hatte er einen Tisch für sich und Sheila Garner bestellt. Der würde nun heute Abend leer bleiben.

Im Klub waren nur wenige Leute. Es war noch ein bißchen früh. Hendrik Stonewell setzte sich an seinen gewohnten Tisch und bestellte seinen Whisky. Aber er schmeckte ihm nicht. Er dachte an Sheila, ob sie sich wohl richtete? Nein, Sheila war ein tapferes Mädel. Er sah sie vor sich, wie sie damals in der Maschine die Verwundeten getötet hatte, wie sie von einem zum anderen gegangen war, immer mit einem Lächeln auf dem zarten, kleinen Gesicht.

(Forts. folgt)